

115700/3

Unterabteilungsleiter RS III

Bonn, 15.02.95  
Hausruf: 29 50

. 266315

Bundesministerium für Umwelt  
Naturschutz und Reaktorsicherheit  
Ministerbüro

Tagebuch-Nr. 668  
Eing. **16. Feb. 1995**  
Abt./Ref. \_\_\_\_\_  
Kopie vorab \_\_\_\_\_

LUK  
RS III  
1222

Frau Ministerin *nur*

über

Herrn Staatssekretär Jauck

Herrn Abteilungsleiter RS

*de 15*

*zum Vorgehen  
bei RS III  
17.24.2.95*

Betr.: Untersuchung potentieller Ersatzstandorte zum Endlager  
projekt Gorleben

Anlg.: - 1 -

*11.11.95  
2) 204  
15700/1  
28.25/10/95*

Anlässlich der gestrigen Rücksprache baten Sie um zusammenfassende Darstellung des Sachstandes.

Eine entsprechende Ausarbeitung ist als Anlage beigefügt.

*668*  
Dr. Matting

D:\USER\Z14S4\111\MATL0006

Anlage

Untersuchung potentieller Ersatzstandorte  
zum Endlagerprojekt Gorleben

Mit der Erkundung des von der Niedersächsischen Landesregierung im Februar 1977 vorausgewählten Standortes Gorleben hinsichtlich seiner Eignung als Endlager für alle Arten radioaktiver Abfälle wurde im Frühjahr 1979 auf Grundlage des Bergrechtes begonnen. Diese Arbeiten erfolgten von Anfang an ergebnisoffen. Nicht ausgeschlossen wurde also, daß sich der Standort Gorleben aufgrund der Erkundungsarbeiten als ungeeignet erweisen könnte. Vorsorglich wurden deshalb bereits Anfang der 80er Jahre von der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR) im Auftrage des Bundes geowissenschaftliche Untersuchungen zu potentiellen Ersatzstandorten durchgeführt. In den sich auf die Auswertung von Literaturdaten beschränkenden Arbeiten wurden sowohl Salz- als auch Granitformationen im Gebiet der damaligen Bundesrepublik identifiziert, bei denen - jedenfalls unter geowissenschaftlichen Gesichtspunkten - im Bedarfsfalle weitere Untersuchungen aussichtsreich erschienen. Als Ergebnis dieser Untersuchungen wurden seinerzeit neben Gorleben weitere 16 Salzstöcke allein in Niedersachsen ermittelt. Einige weitere Salzstrukturen in Schleswig-Holstein sowie Standorträume im Granit des Bayerischen Waldes, des Oberpfälzer Waldes, des Schwarzwaldes sowie in den Kristallinmassiven des Odenwaldes, des Spessarts und des Westharzes wurden von der BGR ebenfalls als aussichtsreich eingestuft.

In ihrer Koalitionsvereinbarung von 1990 hat sich die Bundesregierung für eine "Standorterkundung für stark wärmeentwickelnde (radioaktive) Abfälle unbeschadet der Fortführung des Genehmigungsverfahrens Gorleben" ausgesprochen. Die BGR erhielt den Auftrag, die früheren Untersuchungen mit dem Ziel fortzuführen, die seinerzeit gewonnenen Erkenntnisse zu aktualisieren und das gesamte erweiterte Bundesgebiet in ihre Überlegungen einzubeziehen.

...



Auch bei den neuen Arbeiten handelt es sich um reine Literaturstudien, in denen vorhandene geowissenschaftliche Datenbestände ausgewertet werden. Der Auftrag an die BGR umfaßt keinerlei Felduntersuchungen vor Ort. Im übrigen sollen in den Untersuchungen geowissenschaftliche Bewertungskriterien für die Eignung nichtsalinärer Gesteinskomplexe überprüft und ggf. vervollständigt werden.

Im April 1994 wurden über ein Ergebnisprotokoll des RSK-Ausschusses Endlagerung Zwischenergebnisse der BGR in der Öffentlichkeit bekannt. Insbesondere die Nennung der Salzstöcke Gülze-Sumte und Kraak in Mecklenburg-Vorpommern, Werle und Netzeband in Brandenburg sowie Peckensen und Jahrstedt in Sachsen-Anhalt erregte erhebliche öffentliche Resonanz und führte zu zahlreichen Protestschreiben u. a. von Abgeordneten, betroffenen Standortgemeinden und Bürgerinitiativen. Auch die betroffenen Landesregierungen äußerten sich in der Regel kritisch zu den vom Bund veranlaßten Untersuchungen.

(intern)

2 Die Arbeiten sollen nunmehr alsbald abgeschlossen werden. Für den 23. März 1995 ist beim BMU eine erste Präsentation der BGR-Ergebnisse vorgesehen. Den zuständigen Länderbehörden wie der Öffentlichkeit ist zugesagt, die Arbeitsergebnisse der BGR zu gegebener Zeit und in geeigneter Weise zur Verfügung zu stellen.

Wie bereits betont, erfolgte die Beauftragung der BGR vorsorglich im Hinblick auf den Fall, daß sich der Salzstock Gorleben wider Erwarten als ungeeignet für die Aufnahme eines Endlagers für alle Arten radioaktiver Abfälle erweisen sollte. Dies ist jedoch bislang nicht der Fall. Vielmehr untermauern alle bisherigen Erkundungsergebnisse die von der Bundesregierung bereits 1983 festgestellte Eignungshöflichkeit des Salzstockes.